



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886490

P/XIV/32 - 7. Februar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeiler:</u>
1 - 1a	Zwischenbilanz der Dulles-Reise Nach London und Paris jetzt Bonn	61
2	70 Jahre schwedische Sozialdemokratie Ein stolzes Jubiläum Beispielhafte Leistungen für die Nation	50
3	Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Jugend Parteiführer und Minister von morgen Auch hier Diskussion um "Ost oder West?"	44
4	Westliche Filme - ein gutes Geschäft in Moskau Gewaltig steigender Bedarf an Filmen in der Sowjetunion	52
5 + 6	Evangelische Erklärungen gegen "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" Bemerkenswerte Stellungnahmen	64

Zwischenbilanz der Dulles-Reise

sp - Es besteht kaum noch ein Zweifel darüber, dass der mächtigste Partner der westlichen Allianz, die Vereinigten Staaten, gerade bemüht ist, durch eine beweglichere Politik gegenüber Moskau das Gesetz des Handelns wieder in die Hand zu bekommen. Die bisher bekanntgewordenen Ergebnisse des Dulles-Besuches in London und Paris sprechen eine zu berede Sprache, um noch weiterhin so zu tun, als sei nichts in Bewegung geraten.

Die Ankündigung, der britische Premierminister Macmillan werde in Kürze Moskau besuchen, wäre vor kurzem in den Vereinigten Staaten noch mit dem Prädikat "unerwünschter Alleingang" kommentiert worden. Heute präsentiert sich dieses Reiseprojekt als eine zwischen Washington und London kombinierte Aktion. Man spricht nicht mehr von Meinungsverschiedenheiten im angelsächsischen Lager, sondern erklärt ganz offen, die Reise Macmillans sei eine Notwendigkeit, ein wünschenswerter Versuch, in Moskau selbst die Gesprächsgrundlage für spätere Ost-West-Verhandlungen abzutasten.

Dass diese Reise in England von der gesamten Öffentlichkeit, ohne Unterschied der Parteien, begrüsst wird, zeigt deutlich, wie sehr man dort auf die Ablösung der längst steril gewordenen Politik des Nein-Sagens gewartet hat.

Zu welchen konkreten Ergebnissen der Pariser Besuch des amerikanischen Aussenministers geführt hat, ist noch unklar. Die Nachrichten darüber widersprechen sich. Man weiss, dass de Gaulle von den Amerikanern für ein mögliches französisches Eingehen auf die angelsächsische Linie einen bestimmten Preis verlangt. Es ist der gleiche Preis, mit dem schon im Dezember auf der Pariser NATO-Tagung die Aufrechterhaltung der amerikanisch-französischen Freundschaft bezahlt werden sollte. Paris fordert von Washington die Zubilligung einer privilegierten Stellung in Europa und freie Hand - das heisst Nichteinmischung etwa über die UNO - im rebellierenden Nordafrika. Ob Dulles sich bereiterklärt hat, diesen "Preis" zu zahlen, wird man wahrscheinlich erst in einiger Zeit mit Sicherheit sagen können.

7. Februar 1959

In Bonn findet der amerikanische Außenminister eine recht verworrene Situation vor. Einerseits will Adenauer die in Colombey-les-deux-Eglises und in Bad Kreuznach auf Hochglanz polierte Achse Bonn - Paris nicht wieder einrostet lassen, andererseits möchte er aber auch die seit Jahren bestehende Freundschaft mit Dulles nicht gefährden.

Zunächst hat sich der Bundeskanzler taub gestellt. Er hat darauf verzichtet, den Vertretern der deutschen Parteien klar zu sagen, welchen Beitrag zur Auflockerung des Ost-West-Verhältnisses die von ihm geführte Regierung zu leisten bereit sei. Wie allseits bekannt, sind die deutschen Vertreter in der zur Zeit in Washington tagenden Viermächte-Arbeitsgruppe (diese Gruppe soll die westliche Antwort auf die jüngsten Sowjet-Noten vorbereiten) mit Direktiven abgereist, die ausschließlich denen des Bundeskanzleramtes und des Auswärtigen Amtes entsprechen. Vorschläge der Oppositionsparteien hat man ignoriert, obwohl diese - wie man jetzt deutlich erkennen kann - in vieler Hinsicht den Vorschlägen entsprechen, die von maßgebenden demokratischen Politikern der USA in letzter Zeit veröffentlicht wurden.

Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß Dulles seinen alten Freund Adenauer im Augenblick nicht zu Entscheidungen drängen wird. Von amerikanischer Seite wurde mehrfach versichert, der Außenminister wolle zunächst lediglich "Meinungen hören". Dabei bleibt es eine Selbstverständlichkeit, daß man - ebenso wie in Paris und London - in den offiziellen Verlautbarungen die "völlige Einmütigkeit" erklären wird.

Diese zu erwartende Solidaritätsfanfare kann aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß im westlichen Lager mächtige politische Kräfte im Begriff sind, eine neue Politik zu entwickeln. Die Frage ist heute nur, ob die westdeutsche Repräsentanz über genügend Beweglichkeit verfügt, um sich nicht selbst durch eine starre Haltung in die Isolierung zu manövrieren.

70 Jahre schwedische Sozialdemokratie

C.W. Die sozialdemokratische Partei Schwedens kann in diesem Jahr ein stolzes Jubiläum feiern. Am 19. April 1959 besteht diese heute grösste politische Kräftegruppierung im Lande 70 Jahre. Im April 1889 ging die "Socialdemokratiska partiet" aus dem Zusammenschluss einiger Gewerkschaftsverbände hervor. Mit nur 3000 Mitgliedern in 14 lokalen Organisationen begann die Arbeiterpartei ihren beispielhaften Aufstieg. Heute, nach 70 Jahren, gibt es bei einer Gesamtbevölkerung von 7,3 Millionen über 775 000 aktive Mitglieder in 2 700 Ortsgruppen.

Unter der Führung des legendären Arbeiterführers und international bekannten Sozialisten Hjalmar Branting (1860 - 1925) nahm die Partei bald eine feste Gestalt an und verknüpfte ihre Entwicklung eng mit dem Aufstieg des Landes. Per Albin Hansson führte die Arbeit des "Vaters des schwedischen Sozialismus" fort und leitete das Geschick des Landes 14 Jahre hindurch. Nicht zuletzt auf Grund der geschickten und klugen Neutralitätspolitik der Sozialdemokratie gelang es dem Land in den Jahren 1939 bis 1945, den Frieden zu bewahren. Auf 150 Jahre ohne jede kriegerische Auseinandersetzung kann Schweden heute zurückblicken!

Seit 1932 bilden die Sozialdemokraten - lediglich einmal durch die 100-Tage-Regierung der "Volkspartei" unterbrochen - die führende Regierungspartei im "Riksdagen" zu Stockholm. Der heutige Ministerpräsident Ige Erlander, der mit seinen Parteifreunden in diesem Jahr die Festlichkeiten anlässlich des 70. Jubiläums begehen wird, darf auf eine stattliche Reihe innenpolitischer Erfolge hinweisen, wie sie in Europa zweifelsohne nicht von einer anderen Partei zu verzeichnen sind. Unter der Führung der Sozialdemokratie entwickelte sich Schweden von einem armen, schwachbevölkerten Bauernland zu einem der modernsten Industriestaaten der Erde.

Während dieser Zeit wurde eine Vielzahl von richtunggebenden und beispielhaften sozialen Gesetzen realisiert, die das skandinavische Land zum Land mit dem höchsten Lebensstandard in ganz Europa machten. Vor allem auf den Gebieten des sozialen Wohnungsbaues, der Sozialgesetzgebung, Altersversorgung, Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und der Gleichberechtigung gelten die schwedischen Lösungen als vorbildlich. Heute gibt es im ganzen Lande keine Slums mehr, der Jugend kann, unabhängig von der finanziellen Stellung der Eltern, eine nach Begabung gerichtete schulische Erziehung zuteil werden. Durch die Verwirklichung eines weitgespannten sozialen Programms ist jedem Staatsbürger die Sorge vor Alter und Not genommen.

Trotz aller dieser Leistungen auf sozialem Gebiet ist die Initiative der Unternehmer keineswegs erlahmt. Durch eine kluge Taktik des Staates arbeiten staatliche und freie Unternehmen zumeist mit grossem Erfolg Hand in Hand. Die Gefahr des Kommunismus ist auf Grund der Durchführung der sozialistischen Ideen der Arbeiterpartei ausgeschaltet.

Auch im diesjährigen Staatshaushalt ist wiederum der weitaus grösste Etatposten - 3907 Millionen Kronen - für die Durchführung des Sozialprogrammes veranschlagt. Eine erhöhte krisenfeste Pension für jeden Staatsbürger, eine Erhöhung des Kindergeldes, das jedem Kind in Schweden zusteht, sind die vorranglichsten Punkte auf dem Programm der Regierungspartei.

Auch in Zukunft will Schweden in aussenpolitischer Hinsicht den beiden Machtblöcken fernbleiben. Auf eine atomare Bewaffnung der Streitkräfte wird bewusst verzichtet, die Streitkräfte sind rein defensiv bewaffnet. Stärker als bisher will man den entwicklungsfähigen Ländern Hilfe leisten und somit weiterhin den Ruf als führendes Land der Neutralität verteidigen.

Erste Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Jugend

B.D. Seit Wochenbeginn tagt in Kairo die erste Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Jugend. Demjenigen, der mit Aufmerksamkeit frühere Begegnungen von Politikern aus Afrika und Asien in der Hauptstadt der Vereinigten Arabischen Republik beobachtet hat, wird auch die Bedeutung dieser Zusammenkunft nicht entgehen. Besonders in den jungen afro-asiatischen Republiken wie auch in den Ländern, die noch unter kolonialer oder halbkolonialer Herrschaft stehen, sind es gerade die Gruppen der jungen Studenten, Schüler und Arbeiter, die eine grosse Rolle beim Kampf ihres Volkes um die nationale Selbständigkeit und die Habung der sozialen Bedingungen spielen. Schon mancher Afrikaner oder Asiate, der gestern noch die Hochschule eines westlichen oder östlichen Staates besuchte, ist heute führend bei der Formung der politischen Willensbildung seines Volkes tätig und kann morgen schon Staatssekretär, Botschafter oder Minister sein.

Die besondere Lage dieser Länder mit einer nur kleinen Gruppe von Menschen, die im Besitz von Kenntnissen sind, welche für unsere moderne Epoche unabdingbar sind, gibt gerade der Jugend Afrikas und Asiens jene Bedeutung. Während die Masse der Älteren noch in den Auffassungen der vor-kolonialen Traditionen oder der kolonialen Epoche selbst verhaftet sind, versuchen die Jungen den Weg in die moderne Zeit anzutreten. Sie wollen Begriffe wie Nationalität, Demokratie und Sozialismus zum praktischen Durchbruch in ihren Ländern verhelfen. Der Sprung vom Lehrbuch in die Praxis der Verwaltung ist darum ein sehr kurzer.

Kein Wunder also, wenn Zusammenkünfte junger Asiaten und Afrikaner mehr sind als ähnliche Begegnungen in Amerika oder Europa. Kein Wunder aber auch, wenn die konkurrierenden Weltbilder des 20. Jahrhunderts nicht ohne Einwirkung auf diese jungen Menschen bleiben. Sowohl die Ideen des Westens als auch die Konzeptionen des Kommunismus ringen in ihnen und mit ihnen um die Vorherrschaft.

Die Delegation der sowjetischen Jugend und der Rot-Chinas auf dem Kongress in Kairo ist zahlenmässig gross. Ihr Einfluss auf den Ablauf der Diskussionen ist beträchtlich. Es gelang ihnen, die Abordnung der jugoslawischen Volksjugend, die zu einem Besuch in der VAR weilte, von der Teilnahme an den Arbeitssitzungen ausschliessen. Es wäre aber verfehlt, hieraus sogleich den Eindruck zu gewinnen, als würden Moskau und Peking die alleinigen Herren der Konferenz sein. Nicht uninteressant ist in diesem Zusammenhang, dass besonders die Vertreter des Libanon und mehrerer afrikanischer Staaten bislang eine Rolle gespielt haben, die als sehr unabhängig zu bezeichnen ist. Nicht unwesentlich ist, dass sie in ihrer Mehrzahl Studenten und Absolventen amerikanischer Hochschulen nach Kairo geschickt haben. Man muss abwarten, welche Folgen der Kongress haben wird. Mehr denn je aber müssen Europa und Amerika solche Vorgänge registrieren.

7. Februar 1959

Westliche Filme - ein gutes Geschäft in Moskau

(rh) Seit etwa eineinhalb Jahren ist auf Grund eines Vertrages zwischen einem Westberliner Filmkaufmann und der sowjetischen Sovexportfilm der Austausch sowjetischer gegen westdeutsche Filme angelaufen und hat in der zweiten Hälfte des Vorjahres einen starken Niederschlag in den Programmen der westdeutschen Kinos gefunden. Einige der sowjetischen Filme, wie "Wenn die Kraniche ziehen", konnten beachtliche Publikumsfolge erzielen, andere überraschten durch ihre intensive Farbenpracht, weitere Filme, die drüben als Spitzenfilme bezeichnet werden, wie "Der stille Don", sind angekündigt. In den Filmstudios in Moskau, Leningrad und Kiew wird derzeit die Synchronisation einer ganzen Reihe westdeutscher Filme vorgenommen, die in absehbarer Zeit in den sowjetischen Kinos zur Vorführung gelangen. Von dem Tauschgeschäft sowjetische gegen westdeutsche Filme wird berichtet, daß es Zug um Zug erfolgt und daß es sich zu einem sehr guten Geschäft zu entwickeln beginnt.

Die jetzt bekanntgewordenen Zahlen über den bis 1965 geplanten Ausbau der Kinos in der Sowjetunion lassen erkennen, welche Entwicklungsmöglichkeiten dieses Tauschgeschäft hat, das von sowjetischer Seite von Staats wegen, auf westdeutscher Seite privat betrieben wird. Nach dem sowjetischen Aufbauplan, mit dem sich der Moskauer Parteitag zu befassen hatte, ist damit zu rechnen, daß die Sowjetunion bis 1965 über 115 000 Kinos verfügen wird. Auch wenn diese Kinos nicht alle täglich spielen und in vielen Gebieten sich mit einer täglichen Vorstellung begnügen werden, so muß der Bedarf an Filmen für so viele Kinos und bei einem so komplizierten und zeitraubenden Verteilungsapparat (in schwer zugänglichen Gebieten) als riesig bezeichnet werden. Dazu kommt noch, daß schon aus Gründen des gern hervorgehobenen "Wettbewerbs mit dem westlichen Ausland" die Zahl der Kinos in den sowjetischen Städten stark vergrößert werden soll. In städtischen Kinos sind auch in der Sowjetunion Filme schneller abgelaufen.

Als größter Bau ist ein Kino für 6 000 Zuschauer in Moskau geplant, das die "modernste Ausstattung und Einrichtung" erhalten soll. Es wird auch die "größte Filmleinwand der Welt" besitzen und sich für die Vorführung von Filmen nach dem Todd-AO-Verfahren eignen, das den sowjetischen Filmfachleuten besonders zu imponieren scheint. Die Vermehrung der Zahl der sowjetischen Kinos von heute 62 000 (stationären und beweglichen) auf 115 000 wird sich in verstärkter Masse in den weiten Gebieten Sibiriens auswirken. Dort werden bis 1965 nicht nur weitere landwirtschaftliche, sondern auch neue industrielle Schwerpunkte mit einer ganzen Reihe neuer Industriestädte geschaffen. Neben 148 neuen Theatergebäuden in Sibirien stehen vor allem Kinos und Kulturhäuser mit Kinosälen auf den Planvorschlägen; um die Massen der neuen Werktätigen in Sibirien ausreichend zu unterhalten, wird man den Großteil dieser Pläne durchführen müssen.

Die ersten Meldungen über einen englisch-amerikanisch-sowjetischen Co-Produktionsfilm besagen, daß er den Arbeitstitel "Operation Eisbrecher" führt und über sowjetischen Wunsch nach dem Todd-AO-Verfahren gedreht werden soll. Die westliche Welt hat ohne Zweifel die großen Geschäftsmöglichkeiten auf dem sowjetischen Filmmarkt "entdeckt". Von dem Westberliner Filmkaufmann wird behauptet, daß er sich ein weitgehendes Monopolrecht für Verleih und Vertrieb von sowjetischen Filmen gesichert hat, weil er als erster die richtige Nase für dieses Geschäft hatte. Das Ausmaß seines Geschäfts ist demnach noch nicht abzusehen.

Evangelische Erklärungen gegen "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959"

W.J. - Unter Führung bekannter CDU-Bundestagsabgeordneter haben bekanntlich katholische Landesorganisationen über eine sogenannte "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" den Versuch zur Aufstellung eigener Listen zu den Betriebsratswahlen unternommen. Sie beabsichtigen mit dieser "Aktion Katzer", wie sie in CDU-Kreisen genannt wird, die "Solidarität der Christen" in den Betrieben und den Gewerkschaften sichtbar zu machen. Gleichzeitig ist diese Aktion der Versuch einer Sammlung aller gewerkschaftspolitisch tätigen sogenannten "Christen" auf interkonfessioneller Grundlage mit der Absicht, diese in einer einheitlichen, christlich genannten Gewerkschaftsbewegung unter Führung des CDU-Bundestagsabgeordneten Bernhard Winkelheide zusammenzuschließen.

Wie sehr diese Bemühungen klerikal-katholisch orientiert sind, geht aus einem Hirtenbrief des Erzbischofs von Köln, Kardinal Joseph Frings, hervor, der die katholische Arbeitnehmerschaft aufforderte, bei den kommenden Betriebsrätewahlen Männer und Frauen zu wählen, die gewillt sind, an der Lösung der Aufgaben der Betriebsräte aus christlicher (sprich: katholischer) Überzeugung beizutragen.

Von diesen Bemühungen distanzierten sich klar und eindeutig verantwortliche Kräfte der evangelischen Kirche, an der Spitze der Bischof der evangelisch-lutherischen Landeskirche Lübeck, Professor Dr. Meyer. Bischof Professor Dr. Meyer, der auf einer Begegnung der Kirche mit den Gewerkschaften in Lübeck sprach, erklärte, daß die "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959", die im Hinblick auf die Betriebsrätewahlen von sogenannter "christlicher Seite" propagiert und offensichtlich auch festgelegt ist, ohne Beteiligung und Unterstützung kirchlicher evangelischer Stellen erfolgt. Er distanzierte sich im Namen der evangelisch-lutherischen Landeskirche Lübeck eindeutig von dem Versuch, gewisse politische Interessentengruppen aus dem Ansehen der evangelischen Kirche auf pseudo-gewerkschaftlich sozialem Gebiet Kapital zu schlagen. Da an der "Aktion

Katzer" die Sozialausschüsse der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft beteiligt sind und damit eine "faktisch" politische "Einseitigkeit" gegeben ist, würde eine Teilnahme konfessionell gebundener Institutionen schwere Schäden am Ansehen der Überparteilichkeit der Kirche ergeben.

Christlich-sozial ist auch nach seiner Auffassung eine Ordnungsvorstellung, die vom evangelischen Bekenntnis her keine zureichende Alternative zur Ideenwelt des heutigen freiheitlichen Sozialismus ist. Die Betriebsrätewahlen, so meint der evangelische Bischof, sind in erster Linie Sache der Belegschaften und ihrer Gewerkschaftsorganisationen. Die evangelischen Arbeitnehmer sollten deshalb mit allen ihren Gewerkschaftskollegen dafür wirken, daß demokratische zuverlässige und befähigte Menschen in das Amt der betrieblichen Interessenvertretung einrücken.

Der Sozialausschuß der evangelischen Kirche von Westfalen hat ebenfalls zu einer aktiven Beteiligung an den Betriebsrätewahlen aufgerufen. Mit Nachdruck wird aber angesichts einer gewissen Unsicherheit in den Kreisen der evangelischen Arbeitnehmer in dem Aufruf gesagt, daß der Sozialausschuß alle Bestrebungen, bei den diesjährigen Betriebsrätewahlen "die Christen" in einer politischen Einheitsfront zusammenzuschließen, ablehnt.

Die Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in der evangelischen Kirche im Rheinland distanziert sich auch von der "Aktion Katzer". In einer Erklärung stellt sie fest, daß sie an der "Betriebsaktion" der CDU-Bundestagsabgeordneten Katzer, Winkelheide usw. nicht beteiligt ist. Es ist zu erwarten, daß auch die Evangelische Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen in Deutschland, deren Vorsitzender Dr. Eberhard Müller und Geschäftsführer Henry Lillich, Bad Boll, ist, eine ablehnende Haltung einnehmen wird.

An der "Christlich-sozialen Betriebsaktion 1959" ist lediglich eine kleine evangelische Splitterorganisation beteiligt, die als Aushängeschild benutzt wird und zahlenmäßig bedeutungslos ist.

+ + +